

**Lesefassung**

**der Satzung der Stadt Bad Oldesloe über die Erhebung von Verwaltungsgebühren vom 01.06.2007, in Kraft getreten am 07.06.2007  
einschl.:**

1. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bad Oldesloe vom 29.10.2009, in Kraft getreten am 12.11.2009
2. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bad Oldesloe vom 05.12.2011, in Kraft getreten am 22.12.2011

**Stand der Lesefassung: 12/2011**

**Satzung der Stadt Bad Oldesloe über die Erhebung von Verwaltungsgebühren**

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) und der §§ 1 und 5 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) wird nach Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Oldesloe vom 31.05.2007 folgende Satzung erlassen:

**§ 1****Gegenstand der Gebühr**

- (1) Für die in der anliegenden Gebührentabelle aufgeführten besonderen Leistungen (Amtshandlungen oder sonstige Tätigkeiten) der Stadt Bad Oldesloe in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die von dem Beteiligten beantragt oder sonst von ihm im eigenen Interesse veranlaßt worden sind, sind Verwaltungsgebühren nach dieser Gebührensatzung zu entrichten.
- (2) Die im Zusammenhang mit der Leistung entstandenen Auslagen sind in der Gebühr enthalten, wenn sie nicht nach § 5 Abs. 5 KAG erstattungsfähig sind. Die erstattungsfähigen Auslagen werden auch gefordert, wenn für die Leistung selbst keine Gebühr erhoben wird.

**§ 2****Gebührenfreie Leistungen und Gebührenermäßigung**

- (1) Gebührenfrei sind:
  1. mündliche Auskünfte,
  2. schriftliche Auskünfte, die nach Art und Umfang und unter Berücksichtigung ihres wirtschaftlichen Wertes oder ihres sonstigen Nutzens für den Anfragenden eine Gegenleistung nicht erfordern,
  3. Leistungen, die von den im Dienst oder im Ruhestand befindlichen Beamten, Angestellten oder Arbeitern der eigenen Verwaltung beantragt werden und das Dienstverhältnis betreffen; das gilt für deren Hinterbliebene entsprechend,
  4. Leistungen, deren gebührenfreie Vornahme gesetzlich vorgeschrieben ist,
  5. Leistungen, die eine Behörde in Ausübung öffentlicher Gewalt veranlaßt, es sei denn, daß die Gebühr einem Dritten als mittelbarem Veranlasser aufzuerlegen ist,
  6. erste Ausfertigung von Zeugnissen,
  7. Bescheinigungen über den Besuch von Ausbildungseinrichtungen, deren Träger oder Mitträger die Stadt ist,
  8. Bescheinigungen für Schülerfahrkarten und Schülersausweise,

9. Gebührenentscheidungen,
  10. für Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bad Oldesloe amtliche Beglaubigungen von Zeugnissen und anderen Dokumenten gemäß § 91 Landesverwaltungsgesetz (LVwG), die für die Erlangung eines Ausbildungs-, Studien- oder Arbeitsplatzes zwingend eingereicht werden müssen.
- (2) Auf Antrag kann eine Gebührenermäßigung oder Gebührenbefreiung gewährt werden, wenn im Einzelfall ein Verwaltungshandeln im öffentlichen Interesse geschieht.

### **§ 3 Gebührenbefreiung**

- (1) Von Verwaltungsgebühren sind befreit:
- a) die Gemeinden, Kreise und Ämter, sofern die Amtshandlung nicht ihre wirtschaftlichen Unternehmen betrifft,
  - b) Körperschaften, Vereinigungen und Stiftungen, die gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken im Sinne des Steuerrechtes dienen, soweit die Angelegenheit nicht einen steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb betrifft; die steuerrechtliche Behandlung als gemeinnützig oder mildtätig ist durch eine Bescheinigung des Finanzamtes (Freistellungsbescheid oder sonstige Bestätigung) nachzuweisen,
  - c) Kirchen, sonstige Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen, die die Rechtsstellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts haben.
- (2) Die Gebührenfreiheit nach Abs. 1 besteht nur, wenn die gebührenpflichtige Verwaltungsleistung notwendig ist, um Aufgaben zu erfüllen, die den in Abs. 1 Genannten nach ihren Satzungen oder ihren sonstigen Rechtsvorschriften obliegen und, soweit sie nicht berechtigt sind, die Verwaltungsgebühren Dritten aufzuerlegen.
- (3) Die Vorschriften über die Amtshilfe bleiben unberührt.

### **§ 4 Höhe der Gebühren**

- (1) Die Höhe der Gebühren richtet sich nach der anliegenden Gebührentabelle, die Bestandteil dieser Satzung ist. Soweit sich die Gebühr nach dem Wert des Gegenstandes richtet, ist der Wert zur Zeit der Beendigung der Amtshandlung maßgebend.

- (2) Soweit für den Ansatz der Gebühr ein Spielraum gelassen wird, ist die Höhe der Gebühr unter Berücksichtigung
1. der Bedeutung, des wirtschaftlichen Wertes oder des sonstigen Nutzens für den Gebührenpflichtigen, und
  2. des Umfangs, der Schwierigkeit und des Zeitaufwandes für die Amtshandlung
- festzusetzen.

Im Anwendungsbereich der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie (Richtlinie 2006/123/EG vom 12.12.06, Amtsblatt L 376 vom 27.12.06) findet Satz 1 Nr. 1 keine Anwendung.

### **§ 5**

#### **Gebühr bei Ablehnung oder Zurücknahme von Anträgen**

- (1) Wird ein Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, wird keine Verwaltungsgebühr erhoben. Dasselbe gilt bei Rücknahme eines Antrages, wenn mit der sachlichen Bearbeitung noch nicht begonnen ist.
- (2) Die vorgesehene Verwaltungsgebühr ermäßigt sich um ein Viertel, wenn
1. ein Antrag zurückgenommen wird, nachdem mit der sachlichen Bearbeitung begonnen, die Amtshandlung aber noch nicht beendet ist;
  2. ein Antrag aus anderen Gründen als wegen Unzuständigkeit abgelehnt wird oder
  3. eine Amtshandlung zurückgenommen oder widerrufen wird.

Im Falle der Ziff. 1 kann Gebührenfreiheit gewährt werden, wenn der Antrag aus entschuldbarer Unkenntnis der Verhältnisse gestellt wurde.

- (3) In den Fällen des Abs. 2 wird die Gebühr nur erhoben, wenn sie sich auf mind. 3 € errechnet.
- (4) Eine Gebühr für Widerspruchsbescheide darf nur erhoben werden, wenn und soweit der Widerspruch zurückgewiesen wird. Sie darf höchstens die Hälfte der Gebühr für den angefochtenen Verwaltungsakt betragen.

### **§ 6**

#### **Gebührenpflichtiger**

Zur Zahlung der Gebühr und zur Erstattung von Auslagen ist derjenige verpflichtet, der die Leistung beantragt oder veranlaßt hat oder der die Kosten durch eine ausdrückliche Erklärung übernommen hat. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

**§ 7**

**Entstehung der Gebühren- und Erstattungspflicht und Fälligkeit**

- (1) Die Gebührenschuld entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang, im übrigen mit der Beendigung der gebührenpflichtigen Amtshandlung.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht in den Fällen des § 5 Abs. 5 Nr. 5 Halbsatz 2 und Nr. 7 Halbsatz 2 KAG mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.
- (3) Die Gebühr und die Auslagenerstattung werden fällig, wenn die Leistung unbeschadet des § 5 vollendet ist und wenn die Entscheidung, Genehmigung pp. ausgehändigt wird.
- (4) Die Gebühr kann vor Vornahme der Amtshandlung gefordert werden, es kann Sicherheit verlangt werden.
- (5) Der Gebührenpflichtige soll möglichst vor der Leistung auf die Gebührenpflicht hingewiesen werden.

**§ 8**

**Inkrafttreten**

- s. Satzung und Änderungssatzung gemäß Seite 1 -

Bad Oldesloe, 01.06.2007

-Siegel-

Tassilo von Bary  
Bürgermeister

GebührentabelleAnlage zu § 4 der Satzung der Stadt Bad Oldesloe  
über die Erhebung von Verwaltungsgebühren

| Gegenstand  | Gebühr in Euro                                      |
|---|---|
| 1. Amtliche Beglaubigungen von Schriftstücken gem. § 91 LVwG,<br>Ausstellen von Bescheinigungen, soweit nachstehend nicht besonderes<br>aufgeführt<br>je angefangene DIN A 4 Seite  | 3,00  |
| 2. Kopien schwarz-weiß je Seite<br>DIN A 4  | 0,50  |
| DIN A 3   | 0,80  |
| Kopien farbig je Seite<br>DIN A 4   | 1,00  |
| DIN A 3   | 1,60  |
| 3. Erfordert die Erbringung der Leistungen nach den Ziff. 1 und 2<br>ein aufwändiges Heraussuchen bzw. Aussortieren aus archivierten<br>Akten oder sonstigen Unterlagen, erhöhen sich die<br>Gebühren zu den Ziff. 1 und 2<br>je angefangene Viertelstunde um                     | 12,00   |
| 4. Für schriftliche und digitale Auskünfte und sonstige Leistungen,<br>soweit sie in dieser Gebührentabelle nicht besonders aufgeführt sind,<br>wird die Gebühr nach dem Zeitaufwand erhoben; sie beträgt für jede<br>angefangene Viertelstunde                                   | 12,00   |
| 5. Für schriftliche Auskünfte und sonstige Leistungen, soweit sie in<br>dieser Gebührentabelle nicht besonders aufgeführt sind, wird die<br>Gebühr nach dem Zeitaufwand erhoben; sie beträgt<br>für jede angefangene halbe Stunde   | 24,50   |
| 6. Kopien von Plänen  | je nach Kosten der Herstellung/<br>Vervielfältigung |
| 7. Prüfung gesetzlicher Vorkaufsrechte nach den<br>§§ 24 ff. Baugesetzbuch  | 25,00   |
| 8. Erteilung eines ablehnenden Widerspruchbescheides<br>(Berechnung nach der Gebühr, die für die angefochtene<br>Entscheidung festgesetzt worden ist); höchstens die<br>Hälfte der Gebühr für den angefochtenen Verwaltungsakt<br>zzgl. Postgebühren für Zustellung und Nachnahme | bis ½<br>der Gebühr                                 |

---

|     |  |   |
|-----|--|---|
| 9.  | Ersatz für verlorene oder unbrauchbar gewordene Hundesteuermarken  | 6,00  |
| 10. | Feststellungen aus Abgabekonten und -akten sowie aus Sachbüchern je angefangene halbe Stunde   | 24,50   |
| 11. | Ausschreibungsunterlagen   | je nach Kosten der Herstellung/<br>Vervielfältigung |
| 12. | Erteilung von Vorrangeinräumungen, Löschungsbe-<br>willigungen, Freigabeerklärungen oder sonstigen Er-<br>klärungen für das Grundbuch  | 35,00   |
|     | Zweitausfertigungen dieser Erklärungen jeweils die Hälfte  |   |
| 13. | Bescheinigungen zu Beleihungszwecken für Kreditinstitute<br>und Anliegerbescheinigungen zu sonstigen Zwecken   | 15,00   |
| 14. | Unbedenklichkeitsbescheinigungen Gewerbesteuer   | 9,00  |
| 15. | Bereitstellung eines Arbeitsplatzes und Überlassung von<br>Unterlagen zur Einsichtnahme oder Selbsterstellung von<br>Abschriften, Auszügen etc. je angefangene halbe Stunde              | 5,00  |
| 16. | Informationsfreiheitsgesetz für das Land Schleswig-Holstein<br>(IFG-SH) vom 09.02.2000 (GVOBl. S.-H. S 166)  |   |
|     | a) Erteilung von schriftlichen Auskünften  |   |
|     | • in einfachen Fällen  | 5,00 bis 51,00                                      |
|     | • in schwierigen oder komplexen Fällen   | 51,00 bis 2.045,00                                  |
|     | b) Zurverfügungstellung von Informationen oder von<br>Informationsträgern, von maschinenlesbaren Informations-<br>trägern und erforderlichen Leseanweisungen oder lesbaren<br>Ausdrucken |   |
|     | • in einfachen Fällen  | 5,00 bis 51,00                                      |
|     | • bei umfangreichen Maßnahmen zur Zusammen-<br>stellung der begehrten Informationen  | 51,00 bis 1.023,00                                  |
|     | • bei außergewöhnlich aufwendigen Maßnahmen zur<br>Zusammenstellung der begehrten Informationen  | 1.023,00 bis 2.045,00                               |

**Anmerkung zu Tarifstelle 16:**

Von der Erhebung der Gebühr kann ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn dies im Einzelfall aus Gründen der Billigkeit oder des öffentlichen Interesses geboten ist.